

NIEDERSCHRIFT

über die **8.** Sitzung
des Schulausschusses
(XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **21.11.2011**
Ort der Sitzung: Sitzungssaal des Kreishauses Grevenbroich, Auf der Schanze 4
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:45 Uhr
Den Vorsitz führte: Stephan Ingenhoven

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Volker Bäumken
 2. Frau Irmintrud Berger
 3. Frau Hannelore Feckler
 4. Herr Gerhard Heyner
 5. Frau Sabine Prosch
 6. Frau Angelika Quiring-Perl
 7. Herr Bernd Ramakers
 8. Frau Petra Schoppe
 9. Frau Birte Wienands
- Vertretung für Herrn Andreas Hamacher
bis 19.15 Uhr
- abwesend

• SPD-Fraktion

10. Herr Stephan Ingenhoven
 11. Herr Klaus Krützen jr.
 12. Frau Joline Macek
 13. Herr Reinhard Rehse
 14. Herr Rainer Schmitz
 15. Frau Gertrud Servos
- bis 19.15 Uhr
bis 20.15 Uhr
bis 18.25 Uhr
- Vetretung für Herrn Reinhard Rehse ab 18.25
Uhr

• FDP-Fraktion

16. Herr Michael Riedl
 17. Frau Britta Treptow
 18. Herr Rudolf Wolf
- bis 19.45 Uhr

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

19. Herr Martin Kresse
20. Frau Susanne Schöttgen
- Vertretung für Herrn Erhard Demmer
ab 17.30 Uhr

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

21. Frau Hildegard Florack

• **Die Linke**

22. Frau Reina Hausmann

• **beratende Mitglieder Katholische Kirche**

23. Herr Michael Wittenbruch bis 19.20 Uhr

• **Verwaltung**

24. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
25. Frau Elke Stirken
26. Herr Karl-Heinz Isenbeck
27. Frau Jutta Bellen
28. Herr Siegfried Henkel
29. Herr Matthias Pache

• **Gäste**

30. Frau Christa Banisch
31. Herr Klaus-Dieter Bullmann
32. Herr Rektor Gerd Dittmann
33. Herr Stephan Falke
34. Herr Torsten Götte
35. Herr Herbert Ortmanns
36. Herr Rainer Schöneck
37. Frau Anette Stauche
38. Herr Bert Vennen
39. Herr Johannes Wallraff
- Schulamt für den Rhein-Kreis Neuss
Berufsbildungszentrum Neuss-Weingartstraße
Joseph-Beuys-Schule
Schule am Nordpark
Quirinus-Gymnasium, Neuss
Berufsbildungszentrum Grevenbroich
Michael-Ende-Schule
Sebastianus-Schule
Berufsbildungszentrum Neuss-Hammfeld
Mosaik-Schule

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Vorstellung des neuen Schulleiters am Berufsbildungszentrum Neuss-Weingartstraße Vorlage: 40/1409/XV/2011.....	4
3.	Vorstellung eines neuen Schulpsychologen und Entfristung der Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen Vorlage: 40/1407/XV/2011	4
4.	Begabtenförderung: Vorstellung des Projektes "Durchstarter" Vorlage: 40/1445/XV/2011	5
5.	Bildungs- und Teilhabepaket Vorlage: 40/1432/XV/2011.....	5
6.	Einrichtung einer Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) Vorlage: 40/1437/XV/2011	7
7.	Migrantenförderung an der Schulform Gymnasium im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 40/1442/XV/2011.....	8
8.	Inklusion Vorlage: 40/1440/XV/2011.....	10
9.	Freiwillige an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss (Bundesfreiwilligendienst und Freiwilliges Soziales Jahr) Vorlage: 40/1427/XV/2011	11
10.	Förderung einer Bildungsmaßnahme des Berufsförderungszentrums Schlicherum Vorlage: 40/1431/XV/2011	12
11.	Neuer Bildungsgang am Berufsbildungszentrum Grevenbroich Vorlage: 40/1410/XV/2011	12
12.	Mitteilungen	12
13.	Anfragen	13

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ingenhoven, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Verwaltung.

Gegen die Feststellung von Herrn Ingenhoven, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei, erhob sich kein Widerspruch.

2. Vorstellung des neuen Schulleiters am Berufsbildungszentrum Neuss-Weingartstraße

Vorlage: 40/1409/XV/2011

Protokoll:

Der neue Schulleiter des Berufsbildungszentrums Neuss-Weingartstraße, Herr Klaus-Dieter Bullmann, stellte sich dem Schulausschuss persönlich vor. Herr Bullmann wies auf die internationale und ökologische Ausrichtung seines Berufskollegs für Wirtschaft und Informatik hin. Diese Ausrichtung sei beim jüngsten Besuch einer Schülerdelegation der chinesischen Partnerschule aus Wuxi besonders deutlich geworden. Die deutschen und chinesischen Schülerinnen und Schüler informierten sich in einem gemeinsamen Projekt über Umwelt- und Klimaschutz. Im Rahmen des Projektes nahmen die Schülerinnen und Schüler einen deutsch-chinesischen Umwelt-Rap auf, den Herr Bullmann in der Sitzung präsentierte.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

3. Vorstellung eines neuen Schulpsychologen und Entfristung der Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen

Vorlage: 40/1407/XV/2011

Protokoll:

Herr Lonnes berichtete, dass sich der Rhein-Kreis Neuss mit dem Land NRW darauf einigen wolle, die Vereinbarung zur schulpsychologischen Versorgung im Rhein-Kreis Neuss unbefristet zu verlängern. Die Vereinbarung sieht den Einsatz von drei Landespsychologen im Schulpsychologischen Dienst des Rhein-Kreises Neuss vor.

Der neue Landespsychologe im Schulpsychologischen Dienst, Herr Matthias Pache, stellte sich dem Schulausschuss persönlich vor. Er hat seinen Dienst zum 01.09.2011 angetreten.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

**4. Begabtenförderung: Vorstellung des Projektes "Durchstarter"
Vorlage: 40/1445/XV/2011**

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage und ergänzte, dass die Verwaltung gemeinsam mit den Berufsbildungszentren ein Konzept erarbeiten werde. In der nächsten Sitzung des Schulausschusses werde über den Sachstand berichtet. Frau Schoppe, Herr Bäumken und Herr Schmitz sowie Herr Ortmanns, Herr Bullmann und Herr Vennen als Vertreter der Berufsbildungszentren begrüßten das geplante Vorhaben als Anerkennung der Arbeit, die an den Berufskollegs geleistet werde.

Auf Anfrage von Herrn Bäumken erklärte Herr Lonnes, dass die in dem Flyer des Rhein-Erft-Kreises genannten Berufe nur die dortigen Berufskollegs betreffen. Mit den Berufsbildungszentren des Rhein-Kreises Neuss solle eine eigene Liste der in Frage kommenden Ausbildungsberufe zusammengestellt werden. Frau Wienands fragte an, ob - wie im Rhein-Erft Kreis - zur Durchführung des Projektes ein Verein gegründet werden müsse. Herr Lonnes antwortete, dass der Schulpsychologische Dienst das Projekt im Rahmen der Begabtenförderung betreuen könne. Eine Vereinsgründung sei nicht erforderlich.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**5. Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: 40/1432/XV/2011**

Protokoll:

Herr Henkel, Leiter des Kreis-Sozialamtes, erläuterte dem Schulausschuss das Bildungs- und Teilhabepaket. Er verwies dabei auf die als Tischvorlage ausgeteilte Informationsbroschüre. Nach Aussage von Herrn Henkel gebe es im Rhein-Kreis Neuss 16.066 Kinder und Jugendliche, die Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket haben. Bis zum 15.11.2011 seien bei den zuständigen Behörden 12.550 Förderanträge eingegangen. Die Anträge beträfen 6.195 Kinder (zum Teil seien mehrere Anträge pro Kind gestellt worden). Der Anteil der Antragsteller an der Anzahl der Berechtigten liege im Rhein-Kreis Neuss unter dem Bundesdurchschnitt:

	Bund	Rhein-Kreis Neuss
Hilfeempfänger nach SGB II	43%	34%
Sozialhilfeempfänger	51%	32%
Empfänger von Wohngeld und		

Kindergeldzuschuss 49% 46%.

Die Förderung der Schulsozialarbeit sei in das Bildungs- und Teilhabepaket aufgenommen worden, um durch aufsuchende Schulsozialarbeit auch im Umfeld der Schule die Teilhabequote zu erhöhen. Ziel sei es, die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket mit der traditionellen Schulsozialarbeit und der Arbeit in den Familienzentren zu verzahnen. Die Federführung und die Fachaufsicht liege beim Rhein-Kreis Neuss, der in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden ein Rahmenkonzept zur Schulsozialarbeit erarbeitet habe (s. Anlage zur Sitzungs-Vorlage). Die Städte und Gemeinden, die für die Einsatzorte und Einsatzschwerpunkte der Schulsozialarbeiter/innen zuständig seien, seien aufgefordert worden, dem Kreis bis zum 15.12.2011 ihre lokalen Einsatzkonzepte vorzulegen.

Das Technologiezentrum Glehn (TZG) werde mit den Fördermitteln des Bundes 27 Schulsozialarbeiter/innen einstellen, davon 26 für den Einsatz in den Städten und Gemeinden und eine/n für Koordinationsaufgaben im TZG. Dem TZG liegen bisher 69 Bewerbungen vor. Das TZG sei zuständig für die Einstellung, die Personalbewirtschaftung, das Berichtswesen und die Umsetzung spezieller Maßnahmen.

Das Projekt solle zum 01.01.2012 starten. Für die Jahre 2011 – 2013 stehen dem Rhein-Kreis Neuss jeweils Fördermittel in Höhe von 1,9 Mio € zur Verfügung. Da 2011 keine Mittel aufgewendet wurden, könne das Projekt wahrscheinlich auch über 2014 hinaus fortgeführt werden.

Herr Lonnes wies darauf hin, dass der Rhein-Kreis Neuss die Städte und Gemeinden mit Kreisschulen gebeten habe, diese in ihren lokalen Einsatzkonzepten zu berücksichtigen. Geschehe das nicht, werde sich der Kreis mit diesen Kommunen in Verbindung setzen. Der Rhein-Kreis Neuss werde die Qualitätsstandards der lokalen Einsatzkonzepte überprüfen. Diese müssten auch Aussagen über die Verzahnung mit der bisherigen Schulsozialarbeit enthalten.

Herr Kresse begrüßte den geplanten Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, da zurzeit Besorgnis erregend wenige Berechtigte die Angebote in Anspruch nähmen, so dass das Bildungs- und Teilhabepaket ins Leere laufe. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich Frau Florack, Frau Hausmann, Frau Macek und Herr Schmitz, deren Fragen Herr Lonnes und Herr Henkel beantworteten.

Herr Lonnes erklärte, dass die Schulsozial/arbeiterinnen grundsätzlich Arbeitsverträge erhalten werden. Selbstständige Tätigkeit sei in Einzelfällen möglich. Da die Anspruchsberechtigung in der Regel bis zum 25. Lebensjahr bestehe, zählten auch die Schüler/innen der Berufsbildungszentren zu der Zielgruppe des Bildungs- und Teilhabepakets.

Herr Henkel teilte mit, dass der Betrag von jährlich 120 € für die sozial und kulturelle Teilhabe gesetzlich vorgegeben sei. Die Verwaltung habe hier keinen Entscheidungsspielraum. Nachhilfe werde gefördert, wenn die Versetzung oder ein Schulabschluss gefährdet sei. An der Entscheidung sei eine Lehrkraft beteiligt. Lediglich 5% der Anträge beträfen die Lernförderung. Die meisten Anträge bezögen sich auf die Teilnahme am gemeinschaftlichen Mittagessen (29%), die soziale und kulturelle Teilhabe (19%) und die Teilnahme an Klassenfahrten (17%).

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Einrichtung einer Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) Vorlage: 40/1437/XV/2011

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab Herr Lonnes einen aktuellen Zwischenbericht.

Entsprechend dem ausdrücklichen Wunsch des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) sei noch in diesem Jahr, nämlich zum 01.12.2011, die Eröffnung der RAA mit zunächst zwei Sozialpädagoginnen jeweils im Halbtagsbeschäftigungsverhältnis geplant. Hinzu komme zum 01.01.2012 eine weitere Sozialpädagogin als Vollzeitkraft. Die drei Kräfte decken die Sprachen Deutsch, Griechisch, Spanisch, Portugiesisch, Englisch und Französisch ab. Die im Wege der Abordnung zu besetzenden zwei Lehrkraftstellen, hiervon eine laut Richtlinien des MAIS mit voller Stundenzahl, sollten nach Möglichkeit die Sprachen Türkisch, Arabisch und Russisch abdecken.

Die räumliche Ansiedlung erfolge im Kreishaus Neuss in der zweiten Etage im Bereich des Amtes für Schulen und Kultur. Die unmittelbare Nähe der RAA zum Schulamt für den Rhein-Kreis Neuss hielt Herr Lonnes für vorteilhaft. Die Finanzierung erfolge im Jahr 2011 zu 100 % aus Landesmitteln. In 2012 erfolge die Finanzierung aus einem Festbetrag des Landes zur Abdeckung eines Teils der Personalkosten für das sozialpädagogische Personal, aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes sowie aus Kreismitteln.

In der anschließenden Diskussion, an der sich Frau Quiring-Perl, Frau Schoppe, Herr Wolf und Frau Schöttgen beteiligten, wurde das Fehlen der Fremdsprachen Russisch, Polnisch, Türkisch und Arabisch bemängelt. Der Bedarf in Englisch und Französisch sei bei der zu erwartenden Klientel nicht unbedingt gegeben.

Herr Lonnes wies darauf hin, dass die Bewerberinnen und Bewerber in Zusammenarbeit mit dem Schulamt nach ihrer Eignung ausgewählt worden seien. Insbesondere die Erfahrung im Bereich der Integration von Migranten sei ein wichtiges Auswahlkriterium gewesen. Bewerbungen von Sozialpädagogen mit türkischem Migrationshintergrund habe es zwar gegeben, diese seien jedoch zum Bewerbungsgespräch nicht erschienen. Die Verwaltung werde mit der Schulaufsicht darauf achten, dass weitere Sprachen von den einzustellenden Lehrkräften abgedeckt werden.

Herr Riedl wies schließlich darauf hin, dass die Beherrschung der Erstsprache Deutsch für die Migranten ein wichtiger Integrationshintergrund sei, insofern sei eine Sprachenvielfalt in der RAA nicht von entscheidender Bedeutung. Frau Schöttgen strich die Wichtigkeit der konzeptionellen Arbeit in der RAA heraus.

Die Frage von Frau Schöttgen, ob die RAA-Bediensteten auch durch den Rhein-Kreis Neuss reisen würden, wurde von Herrn Lonnes bejaht. Die Schulen vor Ort, aber auch

andere Stellen des Integrationsnetzwerkes im Rhein-Kreis Neuss, würden künftig regelmäßig von den handelnden Personen aufgesucht.

Herr Schmitz verwies gegen Ende der Diskussion noch einmal auf die derzeitige dezentrale Ansiedlung der Schulberatungsstelle und gab gleichzeitig einen Ausblick auf den vom Land in naher Zukunft geplanten Ausbau der RAA zu kommunalen Integrationszentren, mit zusätzlichem Personal.

Herr Lonnes stellte abschließend noch einmal die Wichtigkeit der individuellen Betreuung der Migranten heraus. Darüber hinaus sei eine qualifizierte Einarbeitung des RAA-Teams ebenfalls notwendig. Man solle dem neuen Team etwas Zeit geben, sich zu finden und sich konzeptionell aufzustellen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Migrantenförderung an der Schulform Gymnasium im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 40/1442/XV/2011

Protokoll:

Herr Götte bedankte sich zunächst für die Einladung in den Schulausschuss und entschuldigte seine Kollegin Frau Dr. Jenner, die wegen Krankheit leider nicht teilnehmen könne. Das Projekt existiere bereits seit 15 Jahren am Quirinus-Gymnasium und werde vom Rhein-Kreis Neuss unterstützt. Ein solches Förderkonzept wie dieses im Rhein-Kreis Neuss sei einmalig, landesweit gäbe es nichts Vergleichbares. Das Besondere am Projekt sei die Regionalisierung und das Konzept der Dezentralisierung der Förderung. Das gesamte Projekt sei somit auf Vernetzung und funktionierende Kommunikationsabläufe angelegt.

Er erläuterte, Ziel der Förderung sei die Vermittlung der deutschen Sprache auf einem Niveau, welches eine erfolgreiche Teilnahme am gymnasialen Unterricht ermögliche. Zielgruppe 1 seien Kinder und Jugendliche, die ohne oder mit sehr geringen Deutschkenntnissen nach Deutschland kommen und aufgrund ihrer Zeugnisnoten aus den Heimatländern gymnasiale Eignung nachweisen. Zielgruppe 2 seien Gymnasiasten mit Migrationshintergrund, die schon seit einigen Jahren in Deutschland leben oder in Deutschland geboren sind und die Deutsche Sprache beherrschen, aber noch Sprachdefizite haben, insbesondere in den Bereichen Grammatik und Schriftsprache. Es gebe eine Erstförderung, die aus einem Intensivkurs Deutsch mit 20 Stunden wöchentlich vormittags bestehe und eine Anschlussförderung mit einem Förderunterricht Deutsch am Quirinus-Gymnasium an zwei bis drei Unterrichtsterminen mit 6 bis 7 Stunden wöchentlich.

Zurzeit gebe es 16 Schüler in 5 Gruppen. Alle Beteiligten wiesen ein fantastisches Lerntempo auf und zeigten nach 2 ½ Jahren sehr gute Leistungen. Er selbst verfüge außerdem über 8 Helferinnen und Helfer, die in Pausen und Freistunden weitere Unterstützung leisteten. Die enge Zusammenarbeit mit den Klassenlehrern und den Schulleitungen der beteiligten Schulen sowie die kontinuierliche Unterstützung durch

das Schulamt für den Rhein-Kreis Neuss und die Bezirksregierung Düsseldorf habe sich bewährt.

Seit Bestehen des Projektes habe es 249 Kursteilnehmer gegeben, in den Jahren 2006 – 2009 sei ein Rückgang der Zuwanderung aus den GUS-Staaten zu verzeichnen. Seit dem Jahre 2009 gebe es wieder steigende Schülerzahlen.

Die Schüler kämen insgesamt aus 51 Ländern unter anderem aus Russland, Polen, der Ukraine, Kasachstan, der Türkei, Griechenland, China und dem Iran. Insgesamt 20 Partnerschulen aus den kreisangehörigen Städten begleiteten das Projekt. Mittlerweile sei das Projekt auch auf der Web-Seite des Quirinus-Gymnasiums vertreten und sollte durch einen noch zu erstellenden Flyer und dessen Verteilung an die Schulen noch bekannter werden. In der Bilanz des Projektes stellte Herr Götte dar, dass sich aus einer kleinen Fördergruppe ein umfangreiches und erfolgreiches Förderprogramm für den gesamten Rhein-Kreis Neuss entwickelt habe. 99 % der Schulabsolventen, die gefördert wurden, hätten einen Schulabschluss erreicht. Mehr als 60 % der Absolventen erlangten das Abitur oder die Fachhochschulreife. Drei der Absolventen wurden vom Rhein-Kreis Neuss mit dem Migrantienstipendium ausgezeichnet, eine Förderung in Höhe von monatlich 300 Euro für die Regelstudienzeit.

Auf die Frage von Frau Schoppe, wie es nach der Vorstellung des Projektes bei der Bezirksregierung weiter gehe, berichtete Herr Götte, dass er auch von dort weiterhin mit Unterstützung rechne.

Frau Quiring-Perl erinnerte an die Sitzung des Schulausschusses vor 5 Jahren, in der das Projekt nach 10 Jahren vorgestellt worden sei. Sie verwies darauf, dass auch das soziale Milieu eine große Rolle spiele. Herr Kresse sprach Herrn Götte für das Projekt einen herzlichen Dank aus und bedauerte, dass das Projekt nur an der Schulform Gymnasium durchgeführt werde. Die Anforderungen des demografischen Wandels müssten berücksichtigt und ausländische Menschen mit allen Mitteln willkommen heißen werden. Trotzdem sei dieses Projekt nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“.

Herr Götte wies nochmals vehement auf die großen Erfolge des Projektes und die durchaus positive Bilanz hin. Herr Schmitz dankte ebenfalls Herrn Götte für sein Engagement und ergänzte, dass auch an anderen Schulformen viel und viel Gutes im Hinblick auf Integration geleistet werde. Gleichmaßen dankte auch Herr Riedl Herrn Götte für sein Engagement.

Herr Lonnes wies abschließend daraufhin, dass das Migrantienstipendium des Rhein-Kreises Neuss durch einen entsprechenden Flyer noch mehr publik gemacht werde. Im Übrigen sei ein Workshop mit den Stipendiaten, die der Rhein-Kreis Neuss derzeit fördere, geplant, um sie in ihrem beruflichen Werdegang auch auf diese Weise zu unterstützen. Bei der Übergabe der Stipendiatenurkunden an den jeweiligen Universitäten werde auch regelmäßig der Rhein-Kreis Neuss als Stipendiengeber genannt. Er betonte auch die wichtige Arbeit der Schulberatung für neue Schülerinnen und Schüler, die aus dem Ausland zu uns kommen. Weitere Fragen an Herrn Götte lagen nicht vor.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Inklusion

Vorlage: 40/1440/XV/2011

Protokoll:

Herr Lonnes gab den Anwesenden zu diesem Themenbereich einen aktuellen Zwischenbericht und verwies hierbei auf das umfangreiche Informationsmaterial, das der Einladung beigelegt wurde.

Er erwähnte in diesem Zusammenhang das den Schulausschussmitgliedern zugesandte Gutachten der Professoren Preuss-Lausitz und Klemm, das in seinem Inhalt noch über die Mindestforderung des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention hinausgehe, da in dem Gutachten die vollständige Abschaffung der Differenzierung in den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung gefordert werde.

Das Schulgesetz von Nordrhein-Westfalen stehe zurzeit keineswegs im Einklang mit der Konvention, da insbesondere das Wahlrecht der Erziehungsberechtigten dort noch nicht verankert sei. Grund für die Zögerlichkeit des Landesgesetzgebers sei nach seiner Auffassung das Konnexitätsprinzip. Die finanziellen Lasten für den räumlichen Aus- und Umbau der Schulgebäude sowie die Kosten für den vermehrten Einsatz der Integrationshelfer seien hier in erster Linie zu nennen.

Frau Servos merkte in der anschließenden Aussprache an, dass die Inklusionsdebatte die Chance eröffnen werde, Schulen generell für alle Schülerinnen und Schüler besser zu machen. Ein gemeinsames Lernen sei sicherlich vorteilhaft für alle Beteiligten. Sie fände es nicht richtig, die Förderschulen generell aufzulösen, sondern bevorzuge vielmehr die Schaffung von Kompetenzzentren. Ein zweiter Weg sei die Öffnung der Förderschulen für Kinder der allgemeinen Schulen. Sie erwarte mit Spannung die Handreichung des Landes in Sachen „Gemeinsames Lernen“.

Herr Kresse bemerkte, das Gutachten der Professoren sei für ihn eine Fundgrube an Informationen. Er erwarte in naher Zukunft im Land einen politischen Konsens in Sachen Inklusion, der zeitnah in konkrete Vorgaben des Landes münden sollte.

Frau Quiring-Perl entgegnete, die Inklusion sei bereits durch die UN und den Bund vorgegeben. Sie erwähnte den großzügig gesetzten Zeitplan für die Umsetzung der Inklusionsvorgaben. Die erste Aufregung bei allen Entscheidungsträgern habe sich zwischenzeitlich offensichtlich gelegt. Die Inklusion im Bildungsbereich sei allerdings nur ein Teil des Ganzen. Auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen bedürfe es weiterer Anstrengungen aller Beteiligten.

Der stellvertretende Schulleiter des Berufsbildungszentrums Neuss-Hammfeld, Herr Vennen, meldete sich zu Wort und beschrieb die möglichen Auswirkungen der Inklusion für seinen Bereich. Die Berufsbildungszentren würden zurzeit bei der Beschulung von Jugendlichen mit Förderbedarf alleine gelassen. Die im Bereich Sekundarstufe I vorhandenen Inklusionskonzepte müssten auch im Bereich der Sekundarstufe II weiter entwickelt werden. Darüber hinaus befürchte er im Zuge der möglichen Auflösung der Förderschulen eine Abwälzung der Schülerinnen und Schüler auf die Berufsbildungszentren. Er bemängelte zudem die fehlenden Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich der Schüler-Lehrer-Relation, der Qualifikation der Lehrkräfte sowie bei der medizinischen Betreuung der bisherigen Förderschülerinnen und Schüler.

Frau Servos merkte an, dass trotz der aus ihrer Sicht guten Ausbildung der Sonderpädagoginnen und -pädagogen im internationalen Vergleich an den Förderschulen relativ schlechte Abschlüsse erreicht würden. Sie stelle einmal mehr die Frage, was uns allen Bildung wert sei. Frau Treptow sah Probleme beim Wahlrecht der Eltern bei einem Wegfall einzelner Förderschulformen. Gegen Ende der Diskussion stellte Frau Schoppe noch einmal klar, dass der erste Schritt für die Umsetzung der Inklusion im Bildungsbereich eine entsprechende gesetzliche Vorgabe im Schulgesetz sei. Erst dann könne die konkrete Ausgestaltung durch die politischen Entscheidungsträger und die Verwaltung erfolgen.

Herr Lonnes erinnerte daran, dass viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf gar keinen Bildungsabschluss erreichen können, sondern dass das Bildungsziel eines möglichst selbstständigen Lebens bestehe. Weiterhin erinnerte er daran, dass die UN-Behindertenrechtskonvention einen verbindlichen Auftrag an den Gesetzgeber enthalte, der Konvention widersprechende staatliche Gesetze den Bestimmungen der Konvention anzupassen. Er mahnte gleichzeitig die Einhaltung der gesetzlichen und finanziellen Spielregeln an. Das Land müsse, soweit es dies wolle, die finanziellen Konsequenzen der möglichen Abschaffung von Schulformen tragen und dies auch im Schulgesetz festlegen. Schließlich wies er darauf hin, dass die Übernahme der UN-Behindertenrechtskonvention in deutsches Recht mit der Stimme des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat verabschiedet worden ist und nunmehr der Landesgesetzgeber gefordert sei.

Er hob noch einmal die Qualität der Sonderpädagogik in Deutschland hervor. Er halte in vielen Fällen einen geschützten Raum für Förderschülerinnen und Schüler für durchaus sinnvoll. Dies bedürfe allerdings immer einer individuellen Betrachtung.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**9. Freiwillige an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss (Bundesfreiwilligendienst und Freiwilliges Soziales Jahr)
Vorlage: 40/1427/XV/2011**

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Förderung einer Bildungsmaßnahme des Berufsförderungszentrums Schlicherum

Vorlage: 40/1431/XV/2011

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage.

Der Schulausschuss fasste einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt, die vorgeschlagene Bildungsmaßnahme des Berufsförderungszentrums Schlicherum mit bis zu 10.000 € zu fördern.

11. Neuer Bildungsgang am Berufsbildungszentrum Grevenbroich

Vorlage: 40/1410/XV/2011

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage.

Der Schulausschuss fasste einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Kreistag vorbehaltlich der Beratung im Berufsschulbeirat, zum Schuljahr 2012/2013 am Berufsbildungszentrum Grevenbroich eine Fachoberschule Klasse 11 und 12 (Fachrichtung Technik, fachlicher Schwerpunkt Metalltechnik) in Vollzeitform zu errichten (Anlage C 9 APO BK). Der Bildungsgang soll einzügig mit der Option der Zweizügigkeit geführt werden.

12. Mitteilungen

Protokoll:

Herr Lonnes teilte Folgendes mit:

- Am 17.11.2011 fand die Grundsteinlegung für die künftige Mehrzweckhalle der Joseph-Beuys-Schule statt.
- Nach dem aktuellen „Deutschen Lernatlas“ der Bertelsmann-Stiftung belegt der Rhein-Kreis Neuss unter 144 Kreisen im verdichteten Umland in Deutschland lediglich den 136. Platz (**Anlage 1**). Nach Auffassung der Verwaltung wird diese Einstufung den hervorragenden Bildungseinrichtungen im Rhein-Kreis Neuss nicht gerecht. So sei der Rhein-Kreis Neuss in NRW der Kreis mit der zweit-

höchsten Abiturientenquote. Die Verwaltung werde den Lernatlas daher kritisch auswerten und über das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Schulausschusses ausführlich berichten.

13. Anfragen

Protokoll:

Herr Kresse fragte nach den Auswirkungen eines Erlasses des Schulministeriums NRW, der bei sonderpädagogischem Förderbedarf dem Gemeinsamen Unterricht oder der Integrativen Lerngruppe den Vorrang vor der Förderschule gebe.

Herr Lonnes wies darauf hin, dass § 19 des Schulgesetzes bisher nicht den Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention angepasst worden sei. Die Ausbildungsordnung für die sonderpädagogische Förderung (AO-SF) sei weiterhin in Kraft. Mit dem Erlass wolle die Landesregierung bis zur Einführung der Inklusion den integrativen Unterricht in der Grundschule und der Sekundarstufe I stärken. Zurzeit nehme die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Gemeinsamen Unterricht und in Integrativen Lerngruppen zu.

Dies bestätigte die zuständige Schulaufsichtsbeamtin Frau Christa Banisch vom Schulamt für den Rhein-Kreis Neuss. Im laufenden Schuljahr gebe es z. B. 35 Schülerinnen und Schüler in Integrativen Lerngruppen der Jahrgangsstufe 5 an Schulen der Sekundarstufe I. Rund 100 Kinder besuchen zurzeit den Gemeinsamen Unterricht in der 4. Klasse der Grundschule, davon werden zwei Drittel zieldifferent unterrichtet. Im kommenden Schuljahr sei daher eine erhebliche Ausweitung der integrativen Lerngruppen in der Sekundarstufe I zu erwarten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Stephan Ingenhoven um 20:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Stephan Ingenhoven
Vorsitz

Karl-Heinz Isenbeck
Schriftführung